

## **FGE Schlei/Trave**

### **Zusammenfassung der Aktualisierung der Wirtschaftlichen Analyse**

Die Bestandsaufnahme nach Artikel 5 WRRL umfasst auch eine „wirtschaftliche Analyse (WA) der Wassernutzung“ für jedes Flussgebiet. Diese Analyse hat die generelle Aufgabe, die Planung von Maßnahmenprogrammen zu unterstützen. Die Analyse soll vor allem den ökonomischen Hintergrund der gegenwärtigen Nutzungen der Gewässer beleuchten, um ursachengerechte und wirksame Maßnahmen planen und umgekehrt auch die ökonomischen Auswirkungen möglicher Maßnahmen auf die Wassernutzung beachten zu können.

Anhang III WRRL konkretisiert die Aufgaben der WA der Wassernutzung: Sie muss demnach die nötigen Informationen beschaffen, um erstens den Anforderungen des Art. 9 WRRL zur Kostendeckung der Wasserdienstleistungen Rechnung zu tragen und zweitens die kosteneffizientesten Maßnahmenkombinationen beurteilen zu können.

Für die 2019 durchzuführende Aktualisierung der WA für den 3. Bewirtschaftungszeitraum (2022-2027) hat die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser ihre Handlungsempfehlung fortgeschrieben, um eine einheitliche Darstellung der Analyseergebnisse zu gewährleisten (LAWA 22.11.19). Neben einer Mustergliederung wurde darin die Datenaufbereitung für alle Bundesländer harmonisiert und vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern eine Methodik entwickelt und zur Anwendung gebracht, mit der bundesweit eine einheitliche Verschneidung der statistischen Daten (im Allgemeinen auf Verwaltungsgrenzen bezogen) mit hydrologischen Flächeneinheiten vorgenommen wird (Anwendung „qualifizierter Leitbänder“). Als Datenquellen für die Beschreibung der wirtschaftlichen Bedeutung der Wassernutzungen wurden vor allem die Erhebungen der Statistischen Landesämter (2016) mit Datenstand 31.12.2016 herangezogen. Desweiteren behandelt die Wirtschaftliche Analyse die Themen Kostendeckung von Wasserdienstleistungen (nach Artikel 9 WRRL) sowie die Beurteilung der Kosteneffizienz von Maßnahmen (nach Anhang III WRRL).

Die Ergebnisse der Wirtschaftlichen Analyse sind in Anhang ## ausführlich dargestellt. Sie lassen sich für das deutsche Schlei/Trave-Einzugsgebiet wie folgt zusammenfassen:

- **Beschreibung der wirtschaftlichen Bedeutung der Wassernutzungen**

Innerhalb des deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiets leben 1.193.417 Einwohner bei einer Besiedlungsdichte von ca. 191 E/km<sup>2</sup>, die Bodenfläche beträgt 624.490 ha. Die rd. 511.000 erwerbstätigen Personen sind weit überwiegend im Dienstleistungsbereich

tätig, weniger als 1% in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei. Rund 78% der Bruttowertschöpfung entfallen auf den Dienstleistungssektor.

Das deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet hat einen Anteil von weniger als 1% der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 1.180.064 Einwohner mit Trinkwasser durch 183 öffentliche Wasserversorgungsunternehmen aus insgesamt 197 Wassergewinnungsanlagen versorgt. Dies entspricht einem Anschlussgrad von 99,0 %. Das Trinkwasser im deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet wurde ausschließlich aus Grundwasser (100%) gewonnen. Die Wasserverluste und Messdifferenzen lagen im deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet im Durchschnitt bei rd. 5 Prozent. Das mittlere Verbrauchsentgelt lag bei 1,54 €/m<sup>3</sup>, das haushaltsübliche Grundentgelt bei 60,07 €/a.

Im deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet gab es im Jahr 2016 insgesamt 334 öffentliche Kläranlagen, die alle über eine biologische Stufe verfügen. An diese Kläranlagen waren rd. 1,2 Mio. Einwohner bzw. rd. 1,8 Mio. Einwohnerwerte angeschlossen. Die Ausbaugröße betrug rd. 2,4 Mio. Einwohnerwerte. Die Entwässerung erfolgte im Jahr 2016 entweder über Trennsysteme (rd. 94 %) oder über Mischsysteme (rd. 6 %). Die Gesamtlänge der Kanalisation betrug 9.602 km, 1.104 Regenbecken im deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet waren mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,3 Mio. m<sup>3</sup> ausgewiesen.

Im deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet betrugen die Bestandteile des Abwasserentgelts im Jahr 2016 im gewichteten Mittel 2,30 €/m<sup>3</sup> für das mengenabhängige Schmutzwasserentgelt, 0,42 €/m<sup>2</sup> für das flächenabhängige Niederschlagswasserentgelt und 65,65 €/a für das haushaltsübliche Grundentgelt.

Für die Industrie spielt der Trinkwasserbezug über die öffentliche Wasserversorgung nur eine untergeordnete Rolle, da der Eigenversorgungsgrad mit Brauchwasser hoch ist. Im deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet wurden rd. 159,12 Mio. m<sup>3</sup> Wasser in Betrieben gewonnen, wobei der mit rd. 93 % (rd. 148,43 Mio. m<sup>3</sup>) größte Anteil aus Meer- und Brackwasser sowie anderen Wasserarten stammt. Der Wirtschaftszweig Produzierendes Gewerbe war mit insgesamt rd. 156,18 Mio. m<sup>3</sup> (rd. 98 %) der Wirtschaftszweig mit der größten Eigengewinnung. Die Daten zur Energieversorgung in der FGE Schlei/Trave sind unbekannt oder geheim gehalten. Das im Jahr 2016 in den Betrieben eingesetzte Wasser summierte sich auf rd. 163,41 Mio. m<sup>3</sup> und wurde für verschiedene Zwecke genutzt. Der mit rd. 93 % (rd. 151,18 Mio. m<sup>3</sup>) größte Anteil wurde als Kühlwasser verwendet, da die Daten zur Energieversorgung im deutschen Schlei/Trave-Einzugsgebiet entweder unbekannt oder geheim gehalten wurden, wird das für die Kühlung eingesetzte Wasser ausschließlich im produzierenden Gewerbe eingesetzt.

Rund 154,27 Mio. m<sup>3</sup> unbehandeltes und in der Regel nicht behandlungsbedürftiges Abwasser wurden aus Betrieben direkt eingeleitet. Dabei stammt der größte Anteil aus dem Abwasser aus Kühlsystemen des produzierenden Gewerbes (97,76 %; 150,82 Mio. m<sup>3</sup>). In betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen werden insgesamt rd. 1,21 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser behandelt.

Rund 387.000 ha Fläche wurden laut Agrarstrukturerhebung landwirtschaftlich genutzt. Den größten Anteil daran hat Ackerland mit 83,73 % (rd. 324.000. ha) der Fläche. 1.183 ha wurden 2016 tatsächlich bewässert, wobei die für Bewässerungszwecke eingesetzte Wassermenge 500.000. m<sup>3</sup> betrug.

- **Darstellung der Kostendeckung von Wasserdienstleistungen**

Unter Wasserdienstleistungen werden in Deutschland Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung verstanden. Der Grundsatz der Kostendeckung der Wasserdienstleistungen entsprechend den Anforderungen des Art. 9 Abs. 1 WRRL und ist allein schon durch die Vorgaben der Kommunalabgabengesetze erfüllt. Demnach müssen die Gebühren grundsätzlich so bemessen werden, dass das Gebührenaufkommen die Kosten deckt, aber nicht überschreitet. Die Kosten sind dabei nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln. Überschreiten oder Unterschreiten die Einnahmen einer Kalkulationsperiode die tatsächlichen Kosten für die Wasserversorgung oder die Abwasserbeseitigung, so ist dies grundsätzlich in der folgenden Kalkulationsperiode oder den folgenden Kalkulationsperioden auszugleichen. Diese Grundsätze gelten unabhängig davon, ob Benutzungsgebühren oder privat-rechtliche Entgelte erhoben werden. Die Wasserdienstleister unterliegen der Kommunalaufsicht bzw. der kartellrechtlichen Missbrauchskontrolle.

In verschiedenen Benchmarkingprojekten der Länder wurde die Kostendeckung überprüft. Die Kostendeckungsgrade bei der Trinkwasserversorgung liegen bundesweit bei rund 100 %. Dabei lagen die einzelnen Ergebnisse der Länderprojekte bei der Trinkwasserversorgung zwischen 95 % und 107 %, die Kostendeckungsgrade der Abwasserentsorgung zwischen 93 % und 105 %.

Die in Artikel 9 geforderte Berücksichtigung von Umwelt- und Ressourcenkosten bei der Kostendeckung von Wasserdienstleistungen der Ver- und Entsorger wird in Deutschland neben den umweltrechtlichen Auflagen für die Wasserdienstleister insbesondere durch zwei Instrumente umgesetzt: Wasserentnahmeentgelte der Bundesländer und die bundesweit geltende Abwasserabgabe. Zusätzlich zur Internalisierung von Umwelt- und Ressourcenkosten tragen diese Instrumente durch ihre Lenkungs- und Finanzierungsfunktion zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der WRRL bei.

Artikel 9 Abs. 1 Satz 2 Spiegelstrich 2 WRRL verlangt, dass die verschiedenen Wassernutzungen, die mindestens in die Sektoren Haushalte, Industrie und Landwirtschaft aufzugliedern sind, einen angemessenen Beitrag zur Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen leisten. Im Ergebnis der Entscheidung des Europäischen Gerichtshof (EuGH) vom 11. September 2014 ist es ausreichend, in Bezug auf das Kostendeckungsgebot die Wasserdienstleistungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung näher zu betrachten.

Die Indirekteinleiter (von Haushalten und Industrie) tragen über Anschlussbeiträge und Benutzungsgebühren, die in eine Grund- (zur Abdeckung der Fixkosten) und eine Mengengebühr aufgeteilt sein können, die Kosten der öffentlichen Abwasserbeseitigung. Sie beteiligen sich daher angemessen an den Kosten. Bei Wasserentnahmen (von Haushalten, Industrie und Landwirtschaft) aus dem öffentlichen Netz gilt, dass sich das Entgelt für die Entnahme von Trinkwasser für die genannten Nutzungen, das die Gesamtkosten deckt, regelmäßig aus einem Grundentgelt zur Deckung der Fixkosten und einem mengenabhängigen Entgelt zusammensetzt. Es liegt daher auch hier eine angemessene Beteiligung vor.

Die hohen Qualitätsstandards bei den Wasserdienstleistungen, das hohe Maß an Kostendeckung und die bestehenden erheblichen Anreize der Gebührenpolitik sorgen für einen effizienten Umgang mit der Ressource Wasser im Sinne der WRRL in Deutschland, was sich insbesondere im geringen pro-Kopf Wasserverbrauch auch im europäischen Vergleich zeigt.

- **Beurteilung der Kosteneffizienz von Maßnahmen (nach Anhang III WRRL)**

Obwohl das Vorgehen zur Maßnahmenfindung und -auswahl nach Bundesland, nach Gewässertyp, nach Maßnahmenart, nach Naturregion und vielen weiteren Parametern variieren kann, gilt generell in Deutschland, dass eine Vielzahl von ähnlichen Mechanismen auf den verschiedenen Entscheidungsebenen zum Tragen kommt und damit die (Kosten-) Effizienz von Maßnahmen im Rahmen der Entscheidungsprozesse gesichert wird. Zu den wesentlichen Instrumenten und Mechanismen, die bundesweit die Auswahl kosteneffizienter Maßnahmen unterstützen, zählen Verfahrensvorschriften für eine wirtschaftliche und sparsame Ausführung von Vorhaben der öffentlichen Hand.